

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Minister Voigtsberger. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache zum Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion der CDU hat eine direkte Abstimmung beantragt. Wir führen sie jetzt auch durch, und zwar über den Inhalt des **Antrages Drucksache 15/1314**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen von CDU und FDP. – Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke. – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Damit ist der Antrag mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **abgelehnt**.

Ich schließe den Tagesordnungspunkt 2 und rufe auf:

### 3 Ausweitung der Umweltzonen auf Grundlage veralteter Daten stoppen

Antrag  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 15/1322

Ich eröffne die Beratung und gebe dem Kollegen Abruszat das Wort.

(Unruhe)

– Vielleicht warten Sie einfach, bis die Kolleginnen und Kollegen draußen sind. Dann ist auch wieder die gebotene Ruhe im Raum. Sie sollten also einen kleinen Moment warten.

**Kai Abruszat (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Saubere Luft ist ein sehr hohes Gut. Deshalb hat die Politik in den vergangenen Jahren viele Maßnahmen getroffen, um die Luft, die wir alle atmen, sauberer zu machen. Wir haben im Ruhrgebiet eine Luftqualität, die während der 70er- oder 80er-Jahre noch undenkbar gewesen wäre. Dabei sind auf verschiedenen Ebenen auch große Anstrengungen unternommen worden.

Im Ruhrgebiet haben wir einen Luftreinhalteplan, der 80 verschiedene Maßnahmen zur Reduzierung von Feinstaub und Stickoxiden vorsieht. Eine davon ist die sogenannte Umweltzone. Sie bedeutet ein Fahrverbot für bestimmte Fahrzeuge.

Zurzeit werden die Luftreinhaltepläne auf Basis der vorliegenden Evaluierung bekanntlich überarbeitet. Dazu hat der Minister uns freundlicherweise einen Bericht der AVISO GmbH, die diese Evaluation durchgeführt hat, vorgelegt. In der Vorlage der Landesregierung war weiterhin eine Zusammenfassung

dieser Evaluierung durch das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz enthalten.

Diese Lektüre haben wir uns ganz sorgfältig angesehen. Wir haben uns wirklich gefragt, ob das, was dort steht, denn überhaupt sein kann.

In dem Bericht des LANUV heißt es auf Seite 4 – ich zitiere –:

„Die Verkehrsdaten basieren auf aktualisierten, mit den Kommunen abgestimmten Daten (2009). Zur Ermittlung der Emissionen aus dem Verkehr wurde das HBEFA 3.1 (Handbuch Emissionsfaktoren) aus dem Jahr 2010 zugrunde gelegt.“

So weit, so gut. Jetzt kommt es aber. Weiter steht dort – ich zitiere –:

„Bezugsjahr für die Emissionsdaten des Schiffsverkehrs und der Industrie ist 2004. Die übrigen Emissionsdaten, mit Ausnahme des Straßenverkehrs, haben zum Teil hiervon abweichende, ältere Bezugsjahre, ...“

Meine Damen und Herren, 2004 und älter! Wenn man berücksichtigt, dass beim Feinstaub die Belastung durch den Verkehr auf 95 % der Streckenabschnitte weniger als 10 % ausmacht, heißt das, dass die Planungen der Regierung sich zu fast 90 % auf Daten aus dem Jahr 2004 und früher beziehen.

Bei den Stickoxiden ist die Situation nur unwesentlich besser. Dort haben wir auf 94 % der Streckenabschnitte einen verkehrsbedingten Anteil von weniger als 30 %. Das heißt im Klartext: Die Planungen der Landesregierung beziehen sich zu fast 70 % auf uralte Datengrundlagen.

Meine Damen und Herren, es wird noch besser. Im Evaluierungsbericht der AVISO GmbH wird auf Seite 60 f. ausführlich beschrieben, dass sich die Situation bei Industrieemissionen und nicht genehmigungsbedürftigen Feuerungsanlagen – sprich: Heizungen – aus unterschiedlichen Gründen erheblich verbessert hat. Dort heißt es – ich zitiere –:

„Gegenüber den Angaben aus den Emissionsklärungen 2004 haben sich bis 2008 deutliche Emissionsminderungen ergeben ...“

Bei den Stickoxiden – NO<sub>x</sub> – waren es minus 16 % und beim Feinstaub – PM<sub>10</sub> – minus 46 %.

Ein weiteres Zitat zu den Hausfeuerungsanlagen:

„Im Rahmen einer Pilotstudie wurde für die Stadt Essen eine Aktualisierung auf 2008 durchgeführt. Demnach sind die NO<sub>x</sub>- und PM<sub>10</sub>-Emissionen im Vergleich zum Emissionskataster 2004 deutlich reduziert, um –55 % bzw. –38 %.“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das bedeutet, dass die hier vorgenommenen Planungen auf alten, völlig falschen Annahmen fußen. Wir wollen doch eine wirksame und akzeptierte Umweltpolitik für die Gesundheit der Menschen. Dafür brau-

chen wir auch aktualisierte, wissenschaftlich fundierte Daten und Fakten.

(Beifall von der FDP)

Wir können doch nicht Daten von 2004 und früher als Grundlage für Entscheidungen nehmen, die wir heute treffen wollen! Wenn Bürgerinnen und Bürger im Ruhrgebiet Verständnis dafür haben sollen, dass sie sich ein neues Auto kaufen müssen, und wenn Handwerksbetriebe hohe Summen investieren sollen, um ihren Fuhrpark zu erneuern, dann haben sie auch einen Anspruch darauf, dass ein Ministerium und die nachgeordneten Behörden diese Dinge im Interesse der Menschen mit Sorgfalt auf den Weg bringen.

(Beifall von der FDP)

Insofern stellt sich hier die Frage nach der Verhältnismäßigkeit von Umweltzonen – nämlich dann, wenn sich herausstellen sollte, dass Regionen mit einer Umweltzone gesperrt werden, die gar keine Grenzwertüberschreitungen aufweisen. Auch heute sind bei den Stickoxidbelastungen nur 4 % der Streckenabschnitte von Überschreitungen betroffen. Die Hälfte dieser Überschreitungen ist minimal.

Wir brauchen deswegen eher eine Politik mit Augenmaß. Wie will die Landesregierung einen Ausschluss von Fahrzeugen mit roten und gelben Plaketten und damit 10 % aller Autos und 50 % aller Nutzfahrzeuge rechtfertigen, wenn die Daten, auf deren Grundlage das passiert, zu 90 % sieben Jahre und älter sind?

Dazu kommt die Akzeptanz in den Ruhrgebietsstädten. Es ist sehr interessant, zu lesen, was der Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, der Sozialdemokrat Baranowski, in diesem Zusammenhang gesagt hat:

„Baranowski fordert auch, die geplanten härteren Regeln für die Einfahrt in Umweltzonen zu verschieben. Grund: Zehntausende Autofahrer, die Fahrzeuge mit gelber Plakette fahren, wären ab 2013 betroffen.“

Wörtlich wird Oberbürgermeister Baranowski dann wie folgt zitiert:

„Dass das Revier eine einheitliche Umweltzone braucht, ist unbestritten. ... Wir warten aber immer noch auf die Bewertung der jetzigen Umweltzonen. Mit uns hat keiner darüber geredet, ...“

Meine sehr geehrten Damen und Herren, insgesamt gesehen bleibt es dabei: Wir müssen von der Landesregierung einfordern, dass die Luftreinhalteplanung auf der Grundlage aktueller Daten erfolgt. Nehmen Sie sich mehr Zeit seitens der Landesregierung. Sorgfalt vor Schnelligkeit! Wir erwarten handwerklich solide Arbeit der Regierung. Ansonsten sehen wir nicht nur die Rechtmäßigkeit und die Verhältnismäßigkeit solcher Umweltzonen infrage

gestellt, sondern auch die Akzeptanz dieses umweltpolitischen Instruments. – Ganz herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und von der CDU)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Abrusatz. – Für die Fraktion der CDU hat der Kollege Wüst das Wort.

**Hendrik Wüst (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute einmal wieder über dieses Thema sprechen, das ja eigentlich im Hauruckverfahren vom Tisch sollte. Diese Datenbasis von 2004 ist ein weiteres Indiz dafür, dass man sich offensichtlich hier einen Kavaliersstart hat zuschulden kommen lassen. Der Kollege Abrusatz hat es ja ausführlich beschrieben, um welche Datenbasis es sich da handelt.

Ich will versuchen, das politisch zu bewerten. Es ist schlicht unseriös, diese alten Zahlen zu verwenden. Ich stelle mir schon die Frage, ob man sich das auch im Hinblick auf die Rechtssicherheit einmal angeschaut hat, wenn man mit solch alten Daten operiert.

Das ist nicht nur unseriös. Das ist auch ein Stück unfair. Denn all die Anstrengungen, die seit 2004 bis heute unternommen worden sind, all die Erfolge werden nicht berücksichtigt.

Es ist drittens auch unlauter. Denn wenn man später eine Evaluation macht, wird man sich kaum darauf berufen, dass das alles Vorerfolge sind, sondern dann wird man sagen: Schaut her, unsere Umweltzonen haben eine ganz tolle Wirkung gehabt.

Deswegen, glaube ich, kann man mit diesen Zahlen nicht arbeiten.

Herr Baranowski ist ja in der SPD kein ganz unbekannter und kein ganz machtloser Mensch. Er sieht das ähnlich. Er prangert erstens das Verfahren in den Räten an. Bis zum 15. März sei das nicht zu machen. Er kriegt da eine ziemlich barsche Antwort aus dem Umweltministerium. Ich weiß nicht, wie man unter den Koalitionspartnern normalerweise verfährt. Ich kenne das von früher ein bisschen fairer und ein bisschen netter miteinander. Aber es scheint wieder auf die alten Zeiten von Frau Höhn zuzugehen.

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Höhn und Clement sind ja noch in Erinnerung.

Er fordert erstens eine Fristverlängerung für die Beteiligung der Stadträte. Er fordert zweitens in der Sache eine Verschiebung, weil viele Leute – hört, hört! – gerade erst ein Auto mit gelber Plakette gekauft hätten.

Handwerker, insbesondere Handwerker mit ihren Einsatzwagen und ihren Werkstattwagen, fahren ja nicht wie wir teilweise 60.000, 80.000 oder 100.000 km im Jahr, sondern sie fahren eben nur kurze Strecken. Die Handwerker haben hier bei uns immer eine gute Lobby. Aber es trifft insbesondere auch ältere Menschen, die sich vielleicht vor fünf oder sechs Jahren noch einmal ein Auto gekauft haben und jedes Jahr 1.000, 2.000 oder vielleicht 5.000 km fahren. Das ist nicht viel, aber ganz ohne Auto kommen sie eben auch nicht aus, weil sie nicht mehr gut zu Fuß sind. Daran sollten Sie bitte auch denken und auf Baranowski hören.

Dem Handwerk haben Sie – das ist das, was Sie dann konzilianterweise gemacht haben – in einem Deal ein halbes Jahr Verlängerung angeboten. Das erinnert mich an die alten Italo-Western. Am Tisch sitzen ein paar Ganoven und spielen Poker. Draußen stehen die Gäule. Auf dem Tresen steht der Whisky. Im Hintergrund klimpert jemand am Klavier. Auf einmal hört man ein klickendes Geräusch unter dem Tisch. Da hält der eine dem anderen den Revolver zwischen die Schenkel. Ich habe den Eindruck, so haben Sie verhandelt, nach dem Motto: Handwerk, jetzt klatsch mal schön für ein halbes Jahr. Sonst kriegst du nämlich gar nichts. – Ich finde, das ist kein anständiger Umgang miteinander.

(Beifall von der CDU und von der FDP – Ralf Michalowsky [LINKE]: In dem Milieu kennen Sie sich ja aus!)

Zweites Thema: Wirksamkeit. Was bringt der ganze Kram eigentlich? Ich glaube mittlerweile, diese alte Datenbasis hat Kalkül, weil Sie selber gemerkt haben, dass das – vorsichtig ausgedrückt – nicht sonderlich wirksam ist, was wir alle gerne wirksamer hätten. Weil Sie wissen, dass das nicht wirksam ist, nehmen Sie lieber eine Datenbasis aus 2004 und können sich dann noch auf Erfolgen anderer ausruhen.

Denn es ist im Gegenteil sogar so: Wenn man bei Bussen und Lkws mit großen Motoren einen Rußpartikelfilter einbaut, steigt beispielsweise zunächst einmal der Stickoxid-Ausstoß. Dann kommt gleich der Ruf, da auch noch etwas zu machen.

Der hohe Aufwand jedenfalls beim Handwerk und insbesondere bei älteren Leuten mit kleinem Geldbeutel, die wenig fahren, steht in überhaupt gar keinem Verhältnis zu dem kleinen Ergebnis.

Drittens und abschließend eine Bemerkung zur Umweltausschusssitzung vom 16. Februar, in der wir auch über dieses Thema diskutiert haben: Wir haben da einem Antrag der FDP zugestimmt, der in der Sitzung angepasst wurde. Ihre rot-grünen Freunde von der Linkspartei, mit der Sie immerhin eine Regierung installiert haben, wesentliche Themen Ihrer Agenda durchziehen und den Haushalt beschließen werden, haben dann zugestimmt. Also enthalten Sie sich bitte der Versuchung, vom The-

ma abzulenken, indem Sie über die Mehrheitsbildung in dem Ausschuss reden.

Der Beschluss des Umweltausschusses vom 16. Februar in der Sache ist glasklar. Die Ausnahmeregelung für das Handwerk soll bis Ende diesen Jahres gelten.

Herr Rimmel, Sie haben sich da ziemlich geärgert. Im Rausgehen hörte ich Sie zischen: Ich setze das nicht um. – Mit Blick auf die alten Zahlen, über die wir heute reden, glaube ich, sind Sie dankbar für diesen Beschluss, weil Ihnen dieser Beschluss jetzt die Zeit gibt, eine seriöse Datenbasis zu schaffen und aktuelle Vergleichswerte als Messlatte zu installieren. So jedenfalls, habe ich geglaubt, würden Sie im Nachhinein noch für diesen Beschluss dankbar sein.

Aber ich wurde eines Besseren belehrt. In einem Brief an die Oberbürgermeister im Ruhrgebiet und an die Landräte im Ruhrgebiet vom 21. Februar – die Sitzung des Ausschusses fand am 16. Februar statt – schreiben Sie weiterhin unbeirrt vom Juli 2011 für das Auslaufen der Ausnahmeregelung.

Deshalb würde ich mich freuen, wenn Sie gleich etwas zu der Frage sagen würden, wie Sie mit dem Parlamentsausschussbeschluss umzugehen gedenken. Sie sagen ja sicher gleich etwas dazu. Ich finde, das Parlament hat auch ein Recht, das zu erfahren.

Mein Wunsch an Sie, Herr Rimmel, ist: Schaffen Sie eine Datenbasis, auf der wir dann später seriös sehen können, was die Umweltzonen gebracht haben. Vielleicht werden wir ja positiv überrascht, und sie haben etwas gebracht. Schaffen Sie eine faire Übergangsregelung insbesondere für Handwerker, aber auch für ältere Menschen mit alten Autos, die zwar wenig fahren, aber ihr Auto trotzdem brauchen. Achten Sie den Beschluss des Parlamentsausschusses.

Mein Wunsch an die Sozialdemokraten: Lasst euch von dem nicht alles gefallen, und hört auf Baranowski. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Für die Sozialdemokraten spricht jetzt der Kollege Sundermann.

**Frank Sundermann (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Wüst, vielen Dank für den Tipp, aber aufgrund Ihrer Ratschläge ist schon Herr Rüttgers gescheitert. Deshalb sollten wir diese nicht annehmen.

(Heiterkeit und Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Da muss er selber lachen! – Rainer Deppe [CDU]: Zur Sache!)

Meine Damen und Herren, das Thema „Umweltzonen“ wird hier im Parlament sehr häufig behandelt. Aus Sicht der Sozialdemokratie ist das auch sehr gut. Denn bei den Umweltzonen geht es um die Gesundheit der Menschen. Es geht um das Recht auf saubere Luft, und das ist ein Menschenrecht. Wir finden es insofern sehr gut, dass hier intensiv darüber debattiert wird. Herr Abruszat hat dies sehr detailverliebt beschrieben. Das liegt mir persönlich nicht so, und deswegen bin ich immer sehr fasziniert, wie sehr Sie sich darin einarbeiten. Meinen Glückwunsch dazu. Ob Ihre Schlüsse, die Sie daraus ziehen, allerdings die richtigen sind, werden wir im Ausschuss erörtern.

Eine Sache möchte ich hier ergänzend nennen. Es geht hier, meine Damen und Herren, um EU-Recht, das wir hier umsetzen. Wir machen einen Luftreinhalteplan, und dieser Luftreinhalteplan für das Ruhrgebiet, über den wir hier gerade sprechen, enthält über 80 Maßnahmen. Er ist also ein großes Paket geschnürt worden, und eine dieser Maßnahmen ist die Umweltzone. Und der Evaluationsbericht ist, wenn ich ihn richtig gelesen habe – das habe ich an der Stelle, glaube ich –, zumindest was die Feinstaub und den PM<sub>10</sub>-Wert anbelangt, wirksam. Darüber sollten wir uns ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Sundermann, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Dr. Romberg würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

**Frank Sundermann (SPD):** Ich möchte keine Zwischenfrage gestatten.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Gute Entscheidung! – Gegenruf von Rainer Schmelzter [SPD]: Das sagen Sie! Aber da stehen Sie mit Ihrer Meinung alleine da, Herr Dr. Romberg!)

– Schauen wir einmal, wie es weitergeht.

Was wir auch feststellen können, ist, dass es sehr viele Anträge dazu gibt; auch von Dr. Romberg hat es eine detaillierte Anfrage gegeben, welche ich sehr interessiert gelesen habe. Nur, wir müssen feststellen, dass bei Ihren Anträgen, dass bei Ihren Anfragen immer das Auto und die Wirtschaft im Mittelpunkt stehen. Ich habe das Gefühl, dass Sie sich für die Menschen, die dort wohnen, überhaupt nicht interessieren.

(Widerspruch von der FDP)

Ich habe das Gefühl: Sie machen Politik für die Leute – und das wird bei der FDP wahrscheinlich so sein –, die morgens in die Umweltzonen hineinfahren und abends wieder herausfahren. Wir hingegen machen Politik für die Leute, die in diesen Umweltzonen wohnen, damit sie ein besseres Umfeld haben. Darum geht es uns mit unserer Politik.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN – Rainer Deppe [CDU]: Bei Ihnen haben die Menschen die ganze Zeit nur Freizeit und sind zu Hause!)

– Herr Deppe, vielen Dank. Sie sind aber bald nicht mehr hier, wie ich gelesen habe.

(Rainer Deppe [CDU]: Erst mal abwarten!)

Meine Damen und Herren, wir freuen uns auf eine detaillierte Debatte; Herr Dr. Romberg und Herr Abruszat sind ja anwesend. Ich freue mich auf diese Diskussion; sie wird sicherlich spannend. Wir werden sie auch da führen, wo sie hingehört, nämlich im entsprechenden Ausschuss. Wir wünschen uns – das habe ich gerade deutlich gemacht –, dass das Wohl der Menschen, die dort wohnen, im Mittelpunkt steht. Wenn die Debatte dieses Anliegen in den Fokus rückt, dann werden wir erfolgreich sein. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Vielen Dank, Herr Kollege Sundermann. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Markert.

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! 1996 war ein gutes Jahr für viele Sportbegeisterte: Deutschland wurde Europameister und der BVB – das fällt mir als Schalker besonders schwer – Deutscher Fußballmeister.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Sehr gut! – Minister Ralf Jäger: Die Geschichte wird sich wiederholen!)

– Darauf komme ich gleich noch.

Daran erinnern sich, wie ich gerade merke, noch sehr viele in diesem Hohen Hause.

1996 war aber auch ein gutes Jahr für die Luftreinhaltung. Die Luftqualitätsrahmenrichtlinie wurde in Brüssel ins Recht gesetzt. Daran erinnern sich in diesem Hause auch noch einige; andere haben das offensichtlich verdrängt. Ich erwähne dies, weil Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen der FDP, gerne so tun, als kämen umweltrechtliche Vorgaben aus Brüssel immer ganz plötzlich über die nordrhein-westfälische Wirtschaft.

Die Luftqualitätsrahmenrichtlinie ist inzwischen im Jahre 2008 novelliert worden. Es gibt eine neue Luftqualitätsrahmenrichtlinie. Ihre Ziele sind nach wie vor die Vermeidung und, sofern das nicht möglich ist, die Verringerung schädlicher Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt.

Die Richtlinie übernimmt unverändert alle bisher eingeführten Luftqualitätswerte, also auch die seit dem 1. Januar 2005 geltenden Grenzwerte für Feinstaub in der Größenordnung PM<sub>10</sub>. Neu ist,

dass in dieser Richtlinie erstmals Luftqualitätsstandards für die besonders gesundheitsschädlichen kleineren Feinstäube PM<sub>2,5</sub> eingeführt werden und dass die Mitgliedstaaten ab Januar 2005 einen entsprechenden Grenzwert im Jahresmittel einhalten müssen. Die Richtlinie dient also dem Schutz von Gesundheit und Umwelt und nicht in erster Linie dem Schutz der nordrhein-westfälischen Wirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP.

Je nach Größe sind die Partikel für ein erhöhtes Asthma-, Herzinfarkt- und Schlaganfallrisiko verantwortlich. Führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Nordrhein-Westfalen kommen aufgrund ihrer Forschungen zu sehr eindeutigen Aussagen. Ich darf hier mit Genehmigung ...

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Herr Kollege Markert, Sie dürfen gleich gerne zitieren. Darf ich Sie vorher fragen, ob Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Romberg zulassen möchten?

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Herr Dr. Romberg darf seine Zwischenfrage gleich gerne stellen. Ich möchte allerdings vorher die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zitieren. Herr Dr. Romberg ist schließlich Mediziner, und dann kann er diese zitierten Ausführungen vielleicht in seine Frage einbeziehen.

**Vizepräsidentin Carina Gödecke:** Sie geben mir also ein Signal, wann ich sein Mikro freischalten kann?

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Ich gebe Ihnen gerne ein Signal, Frau Präsidentin.

*(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)*

Ich zitiere zunächst Frau Dr. Barbara Hoffmann vom Institut für Medizinische Informatik, Biometrie und Epidemiologie des Universitätsklinikums in Essen. Sie sagt schlicht und einfach – Zitat –:

Feinstaub ist so schädlich wie Passivrauchen!

Ich zitiere als nächsten Herrn Prof. Dr. Klaus Unfried vom hiesigen Institut für umweltmedizinische Forschung an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf, der sagt:

Neben den klassischen Atemwegsreizungen und chronisch-obstruktiven Lungenerkrankungen sind inhalierte Partikel oftmals der Auslöser für Krankheiten wie Allergien oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Zentraler Auslöser dieser schädlichen Umwelteffekte ist die chronische Lungentzündung, die durch das Einatmen von Feinstaub in der Lunge verursacht wird.

Zitat Ende.

Jetzt Herr Romberg.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Gerne, Herr Kollege. – Bitte schön, Herr Dr. Romberg.

**Dr. Stefan Romberg (FDP):** Vielen Dank, dass ich meine Zwischenfrage stellen darf, Herr Markert. Sie haben ausgeführt, wie wichtig Ihnen die Gesundheit der Menschen ist. Auch uns ist es ein großes Herzensanliegen, dass es ihnen besser geht.

Bei mir im Münsterland gibt es viele Menschen, die durch grüne Ankündigungen des Staatssekretärs Becker verunsichert sind, weil Umgehungsstraßen jetzt nicht mehr gebaut werden sollen, auf die die Menschen aber dringend warten, weil sie durch die Hunderte von Lkw, die dort durchdonnern, natürlich mit Feinstaub und zusätzlich mit Lärm intensiv belastet sind.

Meine konkrete Frage lautet: Sind die Umweltzonen nur ein Heilmittel für das Ruhrgebiet, oder gibt es auch einen Lösungsansatz der Regierung für die Menschen in den Mittelstädten und im ländlichen Bereich, die dringend auf diese Umgehungsstraßen warten?

**Hans Christian Markert (GRÜNE):** Herr Romberg, ich finde es ausgesprochen gut, dass Sie darauf hinweisen, dass „Feinstaub“ ein Thema für ganz Nordrhein-Westfalen ist, zumal Sie sich in Ihrem Antrag nur auf das Ruhrgebiet konzentrieren. Ich hatte angedeutet, warum mir das Ruhrgebiet aus sportpolitischen Gründen sehr am Herzen liegt. Jetzt merke ich: Sie machen sich durchaus Gedanken um das gesamte Land. Das finde ich schon einmal gut.

Insofern können wir im Fachausschuss eine für die einzelne Fragestellung vor Ort jeweils gute Lösung miteinander erarbeiten. Als Mediziner, der Sie sind, haben Sie noch einmal unterstrichen, wie gefährlich Feinstaub ist. Hier sind Sie ganz an unserer Seite; da freue ich mich. Wir werden die individuellen Maßnahmen vor Ort miteinander diskutieren, auch wenn natürlich die Bezirksregierungen letztendlich die zuständigen Fachbehörden sind, die das zu entscheiden und durchzusetzen haben.

Aber die Grundlage ist schon einmal gut, wenn Sie von der FDP zu erkennen geben, dass es bei Ihnen jedenfalls einzelne gibt, die bei der Luftqualitätsrahmenrichtlinie nicht nur an die Wirtschaft denken, sondern auch an die Gesundheit der Menschen. Dafür gibt es ja diese Richtlinie. Also noch einmal herzlichen Dank für diesen guten Fachbeitrag. Es passt ja ganz gut, dass ich vorher Ihre Kollegen zitiert habe.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will an der Stelle noch einen draufzusetzen. Herr Romberg, in umweltmedizinischen Fachkreisen ist unbestritten, dass es keine untere Wirkungsschwelle für Feinstaub gibt. Im Gegenteil: Je niedriger die Belastung ist, desto besser ist das für die Bevölke-

rung. Insbesondere Menschen an sogenannten Hotspots, die wir nun einmal in Nordrhein-Westfalen haben, wie viel befahrenen Straßen, die Sie angesprochen haben, und Industrieanlagen, sind vorgeschädigt. Kinder sind am schlimmsten betroffen.

Ich will noch einmal Prof. Unfried ins Spiel bringen, der mir – das finde ich bemerkenswert – gestern in einem Gespräch gesagt hat: Bei Kindern haben 20 %, also ein Fünftel, der Expositionen die gleichen Wirkungsmechanismen wie bei Erwachsenen. Insofern ist Luftschadstoffbekämpfung eben auch aktive Kinderschutzpolitik. Auch darüber sollten wir miteinander nachdenken.

Insofern gibt die EU-Qualitätsrahmenrichtlinie beim Feinstaub PM<sub>10</sub>, PM<sub>2,5</sub> ambitionierte Ziele vor, die es möglichst weitreichend zu verwirklichen gilt. Ich sage „möglichst weitreichend“, weil: Wenn es keine Unterschwelle gibt, wird das immer ein Kampf gegen Windmühlen sein, zu dem wir uns aber gemeinsam aufmachen sollten, damit wir die Feinstäube weitest möglich aus unserer Umwelt verbannen, soweit dies in unserer Industrieregion machbar ist.

Die EU-Kommission hat übrigens für die Einhaltung des PM<sub>10</sub>-Grenzwertes eine Fristverlängerung bis Mitte dieses Jahres gewährt. Die Aufstellung bzw. Fortschreibung von Luftreinhalteplänen obliegt den Bezirksregierungen. Das sage ich auch deswegen, weil wir darüber diskutieren, welche Rolle Herr Remmel spielt. Ich habe den Eindruck, dass Herr Remmel in sehr guten Moderationsgesprächen und im Fachaustausch ist. Aber man muss sich darüber im Klaren sein, wo Luftreinhaltepolitik letztendlich verwaltungsmäßig aufgehängt wird.

Als Jurist sei mir bei diesem eher medizinischen Thema gestattet, an das Bundesverwaltungsgericht zu erinnern, das in einer doch sehr bahnbrechenden Entscheidung vor einigen Jahren jedem Bürger und jeder Bürgerin ausdrücklich ein Recht auf den Schutz vor Feinstaub, also einen Schutz der eigenen Gesundheit, zugesprochen hat.

Wenn die Zielsetzung seit langem klar ist, kann es hier, jetzt und in den Ausschussberatungen nur um die Instrumente gehen. Das zeigt auch der Blick auf das Instrument „Umweltzone“. Kai Abrusatz hatte vorhin von den vielen Instrumenten gesprochen, aber wir reden jetzt über die Umweltzone. Wenn Sie ein einziges Instrument von uns kritisieren, nicht wollen, anders wollen oder ablehnen, das obendrein gerade bei den Feinstäuben wie PM<sub>10</sub> leichte Erfolge zu verzeichnen hat, dann sollten Sie sagen, welches Instrument sie stattdessen zur Zielerreichung wollen. Das wäre – ähnlich wie in der Haushaltspolitik – hilfreich.

Sie sagen, hier würden veraltete Daten vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass der Umweltminister dazu gleich einige Ausführungen machen wird. Hier liegt offensichtlich ein Missverständnis vor. Es geht näm-

lich um Emissionswerte und Immissionswerte. Schaut man sich die Immissionswerte an, dann stellt man fest, dass die Daten durchaus verwertbar sind, während es bei den Emissionswerten möglicherweise neue Werte gibt. Aber entscheidend für die Maßnahmen sind ja auch die Immissionswerte. Ich nehme an, unser Minister wird darauf gleich noch eingehen.

Immer nur gegen die Instrumente zu Felde zu ziehen, ohne die Alternativen zu nennen, mag vielleicht Lobbyinteressen bedienen, hilft uns aber in der Sache nicht wirklich weiter.

Bei diesem differenziert zu betrachtenden Thema geht es in der Tat einmal mehr um einen Kompass der Nachhaltigkeit. Man muss verschiedene Aspekte berücksichtigen, zum Beispiel Wirtschaftsinteressen, aber auch die Umwelt- und Gesundheitsaspekte sowie – last, but not least – die sozialen Aspekte.

Weil Herr Wüst so freundlich war, diese interessante Abstimmung im Umweltausschuss bei der Verlängerung des Handwerkerparkausweises zu zitieren, möchte ich für die Kollegin Akbayir abschließend noch einmal den sozialpolitischen Aspekt hervorheben. Sie haben ja, mit der FDP gemeinsame Sache machend, gesagt, die entsprechenden Feinstaubwerte sollten noch ein halbes Jahr länger herausgeblasen werden.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach!)

Frau Akbayir, es ist eine soziale Erkenntnis, dass die Menschen, die besonders wenig Geld im Portemonnaie haben, an den meistbefahrenen Straßen leben. Denen muten Sie jetzt zu, noch ein halbes Jahr länger diese Feinstäube in erhöhtem Maße einzuatmen. Wo das sozial ist, müssen Sie uns gleich erklären. Aber Sie sind offensichtlich in einer Handwerkspartnerschaft mit dem Kollegen Abrusatz.

Ich möchte abschließend noch einmal dafür werben, dass wir die Ausschussberatungen zum Anlass nehmen, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, damit wir bei der Luftqualitätspolitik des Landes Nordrhein-Westfalen einen großen Schritt weiterkommen und die Vorgaben aus Brüssel umsetzen. Dann wird 2011 auch in umweltpolitischer Hinsicht vielleicht ein gutes Jahr.

Abschließend noch einmal die Parallele zu dem Jahr 1996: Es wird ein gutes Jahr in der Umweltpolitik, und der BVB wird auch wieder Deutscher Meister.

(Beifall von Armin Jahl [SPD] und von Rainer Schmeltzer [SPD])

Und wir haben auch noch die Frauenfußball-WM, bei der wir auch gute Ergebnisse erwarten dürfen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die Fraktion Die Linke spricht nun Frau Akbayir.

**Hamide Akbayir (LINKE):** Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn auf die Frage von Herrn Markert zu sprechen kommen. Es stimmt: Im Ausschuss haben wir den Antrag der FDP-Fraktion erweitert und eine Verlängerung um ein Jahr verlangt. Damit wollten wir den kleinen Handwerkerbetrieben, die nur ein einziges Auto besitzen, die Möglichkeit geben, ihr Fahrzeug bis dahin umzurüsten. Das geschah allein aus diesem Grund.

Meine Damen und Herren, es gibt die zweifelhafte Parole „Freie Fahrt für freie Bürger“. Ich sage Ihnen aber: Frische Luft für die Bürgerinnen und Bürger muss Vorrang haben. Es gilt das Recht auf saubere Luft –

(Minister Johannes Remmel: Genau!)

ohne Wenn und Aber.

(Minister Johannes Remmel: Das Aber habt ihr schon im Ausschuss formuliert!)

Was für Trinkwasser schon lange gilt, muss erst recht für die Atemluft gelten. Wenn die Behörden nicht ausreichend aktiv werden, können die Bürgerinnen und Bürger schon heute dieses Recht einklagen; das ist geltendes Recht.

Doch gilt weiterhin: Stadtluft macht krank. Der Straßenverkehr ist einer der größten Verursacher der Belastung unserer Atemluft mit Schadstoffen. Das wissen wir alle. Der Anteil der Belastung mit Feinstaub wird mit 30 %, und die Belastung mit Stickstoffdioxid wird mit 60 % angegeben.

Das Instrument der Umweltzone kann bei richtiger Handhabung die Feinstaub- und Stickstoffdioxidbelastung deutlich senken, indem hoch emittierende Schadstoffschleudern mittelfristig aus dem Verkehr gezogen werden. Das zeigen auch erste Erfahrungen in Berlin und Hannover.

Meine Damen und Herren, Feinstaub hat gravierende Auswirkungen auf unsere Gesundheit, denn er verkürzt unsere Lebenserwartung um durchschnittlich ein Jahr. Laut der Weltgesundheitsorganisation sterben in Deutschland jährlich 70.000 Menschen an Feinstaubbelastungen. Das ist eine enorm hohe Zahl.

Die bestehenden Feinstaubgrenzwerte sind viel zu hoch: 40 µg pro Kubikmeter Luft als Jahresmittelgrenzwert. Dieser darf auch noch 35-mal pro Jahr überschritten werden. Schon kleinste Konzentrationen sind giftig. Das dürfen wir alle nicht zulassen. Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt zum Beispiel nur 20 µg pro Kubikmeter Luft.

Sehr verehrte Damen und Herren, bei Feinstaub gilt: Die Kleinsten sind die Gemeinsten. Je kleiner

die Partikel, desto gefährlicher sind sie. Die ultrafeinen Partikel aus modernen Dieselmotoren sind besonders gefährlich, denn sie enthalten polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe und Schwermetalle, die bis ins Gehirn vordringen können.

Das zweite große Problem sind die Stickstoffdioxide. Von diesem Reizgas kommt der stechende Geruch aus einem Dieselauspuff. Die Einhaltung der Grenzwerte ist seit 2010 ein Problem für die Behörden. Es gilt nach der 22. Bundesimmissionschutzverordnung ein neuer Jahresgrenzwert von 40 µg, der eingehalten werden muss. Ohne Umweltzonen droht den meisten Gemeinden ein Vertragsverletzungsverfahren der EU.

Die Umweltzone ist mit einer maximalen Minderung um 14 % durchaus effektiv. Vielleicht klingen 14 % nach wenig, aber das bedeutet bei Feinstaub im Durchschnitt 20 Überschreitungstage weniger und oft die fast vollständige Einhaltung der Grenzwerte für Stickstoffdioxid.

Die volle Wirkung einer Umweltzone wird aber laut Umweltbundesamt meistens erst erreicht, wenn die Zufahrt nur noch für Pkw und Lkw mit grüner Plakette erlaubt ist. Diese Wirkung wird durch die vielen Ausnahmegenehmigungen und Verzögerungen empfindlich beeinträchtigt.

(Zuruf von Minister Johannes Remmel)

Nach Meinung der FDP habe die Umweltzone zu wenig Wirkung gezeigt, und der bürokratische Aufwand sei zu hoch. Das sind sachlich ungerechtfertigte Vorwände, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der LINKEN)

Wer wie die FDP die Abschaffung der Umweltzone fordert, handelt gegen das ökologische Gewissen.

(Beifall von der LINKEN)

Mehr Mobilität und weniger Verkehr – dafür setzt sich die Fraktion Die Linke ein.

(Beifall von der LINKEN)

Denn der wachsende Verkehr verursacht erhebliche Umweltprobleme. Er beeinträchtigt die menschliche Gesundheit durch Lärm, Schadstoffe und Unfälle. Hinzu kommt der immense Flächenverbrauch für die Verkehrsinfrastruktur mit Beeinträchtigungen und Zerstörungen von Natur und Landschaft.

Wir Linken sehen das wie die Umweltschutzverbände, wie etwa der BUND: Verkehr muss durch eine ökologische Steuer- und Siedlungsstruktur vermieden werden. Er muss auf umweltfreundliche Verkehrsmittel verlagert werden, insbesondere im öffentlichen Personennahverkehr. Das muss zu den Umweltzonen hinzukommen, meine Damen und Herren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Akbayir. – Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Rimmel das Wort.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Akbayir, ich kann es Ihnen nicht ersparen, Ihnen eine gewisse Scheinheiligkeit vorzuwerfen.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sich zu beklagen, dass es zu viele Ausnahmen bei der Um- und Durchsetzung der Umweltzonen gibt, und noch vor ein paar Tagen im Ausschuss einer weiteren Ausnahme zuzustimmen, ist schon grotesk.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Sonntags- und Fensterreden halten kann jeder. Aber wenn es darum geht, Butter bei die Fische zu tun und konkrete Linie zu halten, dann sind Sie offenbar an der Stelle jedenfalls nicht dabei.

Ich kann Ihnen aber sagen: An anderer Stelle wie beispielsweise in Berlin wird das etwa von Frau Lompscher durchgesetzt. Dort gibt es keine Handwerkerparkausweise: In Berlin fahren nur noch Fahrzeuge mit grüner Plakette. Vielleicht sollten Sie sich daran ein Stück weit orientieren. Reden und Handeln stimmen dort überein. In Nordrhein-Westfalen scheint das nicht der Fall zu sein.

Ich will am Anfang ein bisschen zurückblicken. Warum reden wir heute eigentlich hier? Warum haben wir einen FDP-Antrag? Warum haben wir eine öffentliche Diskussion? Warum müssen wir uns im Ausschuss unterhalten? Warum haben wir einen aufwendigen Prozess zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans Ruhr?

Wir müssten das nicht haben, wenn Sie vor vier bis fünf Jahren Ihre Hausaufgaben gemacht hätten, nämlich einen Luftreinhalteplan, der wirklich dauerhaft ist und trägt, auf den Weg zu bringen und eben keine Befristung bis Ende 2010 vorzusehen, wenn Sie damals konsequent gewesen wären, eine einheitliche Umweltzone Ruhr auszuweisen, wie von allen gefordert, und nicht auf dem Teppich im Ministerium nach Gutdünken und politischer Opportunität irgendwelche Zonen geschneidert hätten, wenn Sie eben keine Befristung von Ausnahmegenehmigungen gemacht hätten. Sie hätten die Handwerkerparkausweise in einem Luftreinhalteplan verlängern können, der eine Gültigkeit über den Tag hinaus hat, wie das im Übrigen in Wuppertal, Düsseldorf und Münster praktiziert wird.

Aber Sie hatten nicht die politische Kraft, das zu tun, und waren sich in Ihrer Koalition uneinig. Das Ergebnis müssen wir heute besprechen. Sie haben uns die Arbeit verursacht, die wir hier machen. Daran muss man an dieser Stelle erinnern.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

Herr Wüst, mich hat Ihr gedanklicher Rückgriff auf die Situation im Wilden Westen eben amüsiert. Sie scheinen da persönlich sehr viele Emotionen zu haben. Das ist eine interessante Szenerie.

(Heiterkeit von Hendrik Wüst [CDU])

Ich habe mich gefragt: Wo hat er das eigentlich her?

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Denn die Verhandlungen haben gar nicht so stattgefunden. Ich habe mich daran erinnert, dass es den einen oder anderen Mailverkehr gab, der öffentlich geworden ist, zwischen der Landesgeschäftsstelle, der Fraktion und der Staatskanzlei.

(Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Offensichtlich ist es da so zugegangen. Sie haben diese Szenerie erlebt. Wir jedenfalls gehen anders miteinander um. Die Verhandlungen haben in guter Atmosphäre stattgefunden. Es waren im Übrigen die Vorschläge des Handwerks, die wir größtenteils übernommen haben. Von anderen Begebenheiten aus dieser Zeit weiß ich jedenfalls nichts.

Sie betreiben – das gilt auch für den FDP-Antrag – eine Verunsicherung. Sie tragen Verunsicherung in die Bevölkerung. Das wollen Sie auch: teilweise aus Unkenntnis, teilweise auch bewusst, verleumderisch, was Zahlengrundlagen und Perspektiven angeht. Ich möchte noch einmal klarstellen: Vonseiten des Ministeriums gibt es bezogen auf den Luftreinhalteplan keinerlei Vorgaben für die Bezirksregierung und für die Kommunen. Wir haben weder zeitliche Vorgaben gemacht, noch haben wir Vorgaben gemacht, zu welchem Zeitpunkt welche Plaketten beim Luftreinhalteplan Ruhr einzuführen sind. Es ist die Aufgabe der Bezirksregierung zusammen mit den Kommunen, das zu klären.

Im Übrigen habe ich das auch gegenüber dem Oberbürgermeister von Gelsenkirchen deutlich gemacht. Wir haben verabredet, zukünftig häufiger miteinander zu telefonieren. Dadurch könnte man das eine oder andere Missverständnis einfacher ausräumen. Ich stelle noch einmal klar: Vonseiten des Ministeriums gibt es keinerlei Vorgaben zur Einführung von bestimmten Plaketten zu irgendwelchen Zeitpunkten.

Ich sage allerdings auch ganz klar: Wir haben Vorgaben aus Brüssel einzuhalten. Es ist nicht so, dass es nicht bereits das eine oder andere Vertragsverletzungsverfahren gäbe. Auch bei unserem letzten Besuch in Brüssel und in den Gesprächen mit der Kommission ist uns unmissverständlich deutlich gemacht worden, dass die Kommission weiterhin von ihrem Recht Gebrauch machen wird, Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, wenn wir nicht mit aller Konsequenz die europäischen Vorgaben erfüllen. Insofern stehen wir dort in der Tat unter Druck. Wir müssen gemeinsam Antworten finden.

Ich will auch Folgendes deutlich machen, um die fachliche Expertise bezogen auf die Zahlen klarzustellen: Ich mache niemandem einen Vorwurf – im Gegenteil: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Zahlen auf der Grundlage gesetzlicher Vorgaben erarbeitet und erhoben. Im Übrigen sind sie auch in der 11. Verordnung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes nachzulesen, Herr Abruszat. Dort sind nämlich die Stichtage aufgelistet, zu welchem Zeitpunkt welche Daten zu erheben sind.

Hören Sie bitte genau zu: Das ist bei den Industrieimmissionen schon schwer genug, weil es sich hier um Unternehmensdaten handelt. Es gibt eine gewisse Sicherung, die im Immissionsschutzgesetz vorgesehen ist. Beim Hausbrand wird es umso schwerer, solche Daten zu erheben. Das ist sehr viel Kleinarbeit, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geleistet haben.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Abruszat?

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich möchte erst fachlich ausführen. Dann können wir gerne darüber reden.

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Dann stellen wir sie in Ihrem Sinne zurück.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Zum Zweiten, Herr Abruszat; das machen Sie bewusst: Sie verunsichern mit einem scheinbaren Unwissen. Sie erklären nämlich nicht, dass es einen deutlichen Unterschied gibt

(Zuruf von Dr. Stefan Romberg [FDP])

– auch für Sie, Herr Romberg – zwischen Immissionen – hier geht es um Immissionen aus den Bereichen Industrie und Hausbrand – und Immissionsmessungen. Die Immissionsmessungen sind hochaktuell. Dabei werden sowohl Hintergrundbelastungen gemessen als auch Schwerpunkbelastungen an konkret belasteten Stellen.

Die Zahlen sind eindeutig; ich kann Ihnen das anhand der Statistiken zeigen: Die Hintergrundbelastungen, die aktuell gemessen werden, sind sowohl bei PM<sub>10</sub> als auch bei NO<sub>x</sub> seit 2000 kaum verändert. Das heißt, es hat keine Veränderungen bei den Hintergrundbelastungen geben.

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Man kann darüber spekulieren, aus welchem Bereich sie kommen. Wahrscheinlich können wir davon ausgehen, dass die Belastungen durch die In-

dustrie geringer geworden sind. Aber wir müssen dann eben feststellen, dass es durch andere Quellen offensichtlich mehr Belastungen gibt. Bei NO<sub>x</sub> ist klar der Verkehr in den Mittelpunkt zu stellen. Diese Schlussfolgerung wird im Übrigen auch in der Evaluation gezogen.

Insofern die herzliche Bitte: Verunsichern Sie nicht mit einer scheinbaren Unkenntnis, und verleumden Sie nicht die Art und Weise, wie Daten erhoben werden. Das geht nach ordentlichen Vorschriften – so, wie das im Emissionsschutzgesetz vorgesehen ist.

Weil die Frage gestellt wurde, wie die Beschlusslage des Ausschusses ist – Herr Abruszat hatte in der gestrigen Fragestunde danach gefragt –: Die Frage ist schriftlich beantwortet worden, und zwar in folgender Form: Der Ausschussbeschluss wird gemäß des Beschlusses per Erlass umgesetzt. – Da gibt es kein Vertun, der Ausschuss hat beschlossen, und das werden wir natürlich umsetzen.

Was ich im Ausschuss bemerkt habe und wo ich eine gewisse Befürchtung habe: Wir haben eine Vereinbarung mit dem Handwerk, von der ich hoffe, dass sie dann auch hält. Wir müssen weitere Vereinbarungen beispielsweise mit den Stadtwerken treffen, weil die Kommunen und die Stadtwerke mit ihren Fahrzeugen genau dieselben Anforderungen erfüllen müssen, jedenfalls aus unserer Sicht, wie auch die Handwerkerinnen und Handwerker. Und wir müssen weitere Vereinbarungen mit der IHK schließen. Es kann nicht sein, dass wir da zu großen Veränderungen kommen. Wir müssen die Zielperspektiven gemeinsam erfüllen, die uns die EU vorgibt.

Insgesamt hoffe ich, dass wir kooperativ und wie verabredet dialogisch vorgehen können. Im Übrigen finden regelmäßige Gespräche der Bezirksregierung auf Arbeitsebene mit den Kommunen statt, die Kommunen haben eigene Vorschläge über die Umweltdezernenten eingebracht. Ich hoffe, dass man das in Zukunft konkretisiert, damit die kommunale Seite mit einheitlicher Stimme spricht.

Dies wird dann in einem „Luftreinhalteplan Ruhr“ münden, der vermutlich Ende März oder Anfang April vorliegen und mit rund 80 bis 90 Maßnahmen sehr umfassend ausfallen wird. Eine entscheidende Frage wird sein, wann welche Plaketten wie eingeführt werden. Das werden wir gemeinsam dialogisch besprechen. Ich würde vorschlagen, Anfang oder Mitte April ein gemeinsames Gespräch dazu zu führen – selbstverständlich auch unter Beteiligung der Fraktionen des Hauses. Dann werden wir das gemeinsam festlegen.

Ich sage allerdings auch, dass man gegebenenfalls den Kommissar aus Brüssel dazuholen muss, um sagen zu können, ob das in der Weise funktioniert, ohne sich ein Vertragsverletzungsverfahren einzu-

handeln. So werden wir vorgehen, ich hoffe, auch mit Ihrer Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Als nächster Redner spricht für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hovenjürgen.

**Josef Hovenjürgen (CDU):** Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und lieben Kollegen! Herr Minister Remmel, zunächst einmal ist es gut, dass Sie die Beschlüsse des Ausschusses umsetzen. Es wäre auch gut, wenn Sie die Dinge ein wenig ideologiefreier angehen und Ihr politisches Handeln ein Stückchen mehr von den Geschehnissen vor Ort ausgehend aufbauen würden.

Die Geschehnisse vor Ort sind eben nicht die, dass andere Verunsicherung hineinbringen. Vielmehr ist es so, dass sich die Fragestellungen hier – zum Beispiel auch die des Kollegen Abruszat – aus den Fragen ergeben, die vor Ort auftauchen. Insofern muss es mit der Information und der Informationsfülle offensichtlich doch nicht so weit her sein, dass es vor Ort keine Sorgen und keine Fragen mehr geben würde.

Wenn Sie von Herrn Baranowski und anderen Oberbürgermeistern im Ruhrgebiet aufgefordert werden, mehr Zeit zu gewähren, und Sie prompt antworten, aus Ihrem Haus sei keine Fristsetzung erfolgt, dann muss man sich fragen, wie Herr Baranowski zu dieser Einschätzung kommt. Diese Einschätzung beruht auf Anforderungen der Regierungspräsidenten an die Oberbürgermeister, in einem bestimmten Zeitfenster bestimmte Maßnahmen umzusetzen. Irgendwo im Hause muss es also eine Zeitanforderung geben, die in den Städten des Ruhrgebiets diese Sorgen auslösen. Da beißt die Maus keinen Faden ab. Diese Fragen gilt es zu klären.

Und Sie haben recht: Viele Fragen stellen sich beispielsweise gerade im Bereich des ÖPNV. Im Kreis Recklinghausen würde es für die dortige Vestische bedeuten, dass – wenn wir in dieser Konsequenz weiter vorgehen – ab 2013 innerhalb von zwei bis drei Jahren 15 bis 25 Millionen € in die Hand genommen werden müssten, um neue Busse anzuschaffen, und das bei der Haushaltssituation, die derzeit im Ruhrgebiet herrscht.

Dass dies alles sehr schwer wird, ist unstrittig. Da wir diese Probleme unserer Verkehrsunternehmen sehen, sehen wir natürlich auch die Probleme der kleinsten Betriebe der Handwerkerschaft. Deswegen sind wir froh, dass wir im Ausschuss ein Stückchen mehr Luft für diese Kleinstbetriebe erreichen konnten.

Aber richtig bleibt: Es gilt einfach auch, in Beschäftigung mit der Praxis zu erkennen, dass es Existen-

zen gibt, die von den erzielbaren Ertragslagen ihrer Betriebe abhängig sind und die bei Steigerung der Ansprüche an ihre Betriebe, was Umweltauflagen angeht, oftmals in Schwierigkeiten kommen. Deswegen ist unser Verständnis immer erst einmal bei denen, die um ihre Existenz kämpfen. Denen nach Möglichkeit zu helfen, solche Übergänge leichter zu schaffen, ist ein Ansinnen, das wir gemeinsam verfolgen sollten. Insofern war das im Umweltausschuss eine richtige Entscheidung.

Alles in allem noch mal der Vorwurf, der schon zu Anfang auch vom Kollegen Wüst unterbreitet worden ist: Ich glaube nicht, dass die Datenlage, auf der Sie Ihr jetziges Handeln abstimmen, die sein sollte, mit der man ernsthaft in Verhandlungen hineingeht. Vielmehr sollten wir frischere Daten mit hinzunehmen, die letztendlich auch Entwicklungen im Verkehr, in der Ausstattung der verkehrlichen Situation unserer Bevölkerung Rechnung tragen. Wie zum Beispiel hat die Abwrackprämie auf die Feinstaubsituation gewirkt, indem die kleinen alten Mühlen vom Markt genommen worden sind? – Das sind Fragestellungen, die wir mit hinzunehmen sollten und von denen wir sagen müssen, dass sie im Moment noch keine ausreichende Berücksichtigung finden.

Und in Ihre Richtung, Herr Markert, auch noch mal an dieser Stelle: Auch bei Ihnen sehe ich zu viel Ideologie und zu wenig Praxisnähe. Lassen Sie uns mal von der Situation aus denken, die wir in unseren Städten vorfinden, und dann nach Lösungen suchen, mit denen die Menschen auch zurechtkommen und die sie auch bewältigen können.

(Es besteht der Wunsch einer Zwischenfrage.)

– Ich lasse keine Zwischenfrage zu, Sie brauchen den Knopf nicht zu drücken.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Es ist so, dass wir in der Umweltsituation viel mehr fordern könnten. Aber man muss bei jeder Forderung, die wir in die Betriebs- und Ertragsituation von Unternehmen hineingeben, bedenken, dass das Unternehmen für sich abschätzen muss: Macht es für mich dann noch Sinn, mich wirtschaftlich zu betätigen? Kann ich das alles noch selbst stemmen?

Insofern auch immer der Hinweis: Bei jeder Maßnahme, die ich fordere, löse ich etwas aus. Ich bin jemand, der gerne vom Ende her denkt. So hat man mir Politik beigebracht: Bedenke auch das Ende und die Wirkung deines Handelns. – Das, was sich vom Bauch her gut anhört, vielleicht auch noch im Kopf angedacht werden kann, hat in der Praxis oftmals Auswirkungen, die man politisch vielleicht gar nicht will.

Ich fordere Sie auf – das Angebot stand ja im Raum, Herr Minister –, im gemeinsamen Dialog

nach Wegen zu suchen, die für alle tragbar sind und auf denen man Kompromisse erzielen kann, mit denen Unternehmen wie Unternehmungen leben können, und die letztendlich auch eine Verbesserung der Gesundheitssituation der Menschen herbeiführen. Wenn wir dies erreichen können, sind wir gerne gesprächsbereit. Wir warten auf Ihr Dialogangebot und sind gespannt, wie diese Gespräche geführt werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und von der FDP)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herzlichen Dank, Kollege Hovenjürgen. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Herr Eiskirch.

**Thomas Eiskirch**<sup>\*)</sup> (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die öffentliche Debatte zum Thema „Umweltzone Ruhrgebiet“ verfolgt, stellt man fest: Wir tun alle gut daran, ein Stück abzurüsten und uns das mal in aller Ruhe anzugucken.

Der Name „Umweltzone“ ist schon etwas irreführend. Denn man muss sich fragen, wie man eine Luftqualität schafft, die für die Gesundheit zuträglich ist. Es müsste eigentlich Gesundheitszone heißen, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Damit man es einmal bildlich vor sich sieht – ich mag das Bild ganz gerne –: Es geht, neben dem, was in der Industrie und beim Hausbrand, bei den Kaminen und Heizungsanlagen, passiert, unter anderem um Feinstaubbelastungen, NO<sub>x</sub>-Belastungen, die auf einer Höhe zutage treten, auf der das Kind im Kinderwagen sitzt. Da gibt es wirklich gesundheitliche Beeinträchtigungen. Man muss dafür Sorge tragen, in Regionen, in denen die Belastung durch Industrie, durch Hausbrand, durch Verdichtung, durch Ballungssituationen besonders hoch ist, die Lebenssituation zu verbessern – keine Frage.

Deswegen gibt es Luftreinhaltepläne. Sie enthalten im Regelfall weit über 100 einzelne Maßnahmen, um diesen Gesundheitsschutz zu erreichen. Über diese guten, oftmals sinnstiftenden und wirkungstragenden Maßnahmen streiten wir aber ganz wenig; sie sind in der öffentlichen Debatte kaum wahrnehmbar. Das sind jedoch die Dinge, die wirklich helfen.

In die Öffentlichkeit ziehen wir immer eine dieser über 100 Maßnahmen, nämlich die Umweltzone. Das ist eine der Maßnahmen, über die wir öffentlich streiten. Darüber wird diskutiert, ohne sich ganz sicher zu sein – da muss man sich ja informieren –, wie viel die schon gebracht hat und welches Potenzial in dieser Maßnahme noch drinsteckt.

Es geht um drei Dinge: PM10 und PM2,5, also Feinstaubsituationen, und NO<sub>2</sub>. Jetzt sieht man,

dass es im Ruhrgebiet eine deutliche Verbesserung gegeben hat. Wir diskutieren hier nur darüber, weil die Umweltzone im Ruhrgebiet und nicht woanders liegt. Woanders ist ausschließlich die jeweilige Bezirksregierung zuständig; hier muss, weil drei Bezirksregierungen betroffen sind, eine koordinierende Funktion wahrgenommen werden.

Was tun wir? Wie schaffen wir es, den Gesundheitsschutz gegen die Möglichkeit abzuwägen, in die Freiheit der Eigentumsnutzung einzugreifen, in dem Fall von Fahrzeugen? Wo ist das Verhältnis ausgewogen hinzubekommen? Wenn man sich die Entwicklung anschaut, so sieht man, dass die zulässige Anzahl an Überschreitungen im Bereich des Luftreinhalteplans Ost nicht mehr überschritten wird. Im Westen ist die Überschreitung der zulässigen Anzahl deutlich weniger geworden. Das heißt, die Einführung der Umweltzone und die große Fluktuation, getrieben durch die Abwrackprämie, haben etwas gebracht.

Jetzt muss man sich fragen: Wie weit ist der Weg, den man noch schaffen muss? Da kommt ein zweiter Punkt zum Tragen, den Sie damals bei der Einführung und Gestaltung der Umweltzonen nicht berücksichtigt haben, nämlich den Menschen Planungssicherheit zu geben. Sie haben die Frage „Wie lange kann ich mich mit einem Auto, das ich heute kaufe, dort noch bewegen?“ damals nicht beantwortet. Das haben Sie vermieden. Sie haben ausschließlich nur die Autos ohne Plakette nicht mehr hereingelassen. Aber zu Zeitpunkten und zu der Frage, wie es mit der Investitionssicherheit aussieht, haben Sie nichts gesagt.

Das müssen wir jetzt nachholen. Dabei kommt eine neue Problemlage hinzu, nämlich NO<sub>x</sub>. Man muss gucken: Sind die Instrumente, die bei NO<sub>x</sub> helfen, die gleichen, die beim Feinstaub etwas bringen, oder sind die nicht kongruent?

Deswegen: Lasst uns das in aller Ruhe anschauen, abwägen und zu einem Ergebnis kommen, das den Menschen Planungssicherheit bringt. Die Menschen müssen sich darauf einstellen können. Es muss aber auch klar sein, zu welchem Zeitpunkt es erfüllt sein muss. Und dann gibt es auch kein neues Ruckeln. Man muss sagen: Bis dann habt ihr das, bis dann habt ihr das. – Ich wäre sehr dafür, schon jetzt Planungssicherheit für die zu schaffen, die sich heute ein Auto anschaffen, damit sie sicher sein können, wie lange sie sich damit bewegen können.

Es muss aber auch eine Verbindlichkeit geben, dass die „Möhren“, die viel rauspusten, sei es Feinstaub, sei es NO<sub>x</sub>, irgendwann, wenn die technischen Möglichkeiten für NO<sub>x</sub> da sind, peu à peu aus der Nutzung, aus dem Markt verschwinden, damit wir die Gesundheitssituation, die Belastungssituation für die Menschen im Ruhrgebiet signifikant verbessern. Denn die Leidtragenden sind die Menschen, die in diesem verdichteten Ballungsraum gerade in den schwer belasteten Stadtteilgebieten

wohnen, diejenigen, die es sich nicht leisten können, in erster Linie neue Autos zu fahren und in Wohnsituationen zu sein, die, was Gesundheitsschutz angeht, ein entspanntes Leben ermöglichen.

Lassen Sie uns miteinander versuchen, das ausgewogen und europafest hinzubekommen. Lassen Sie uns diesen Prozess gemeinsam dialogisch angehen, um eine verlässliche, ordentliche Übergangssituation zu schaffen, die im Ruhrgebiet zu einer Umweltzone führt, die auch als Zone wahrnehmbar ist, Kolleginnen und Kollegen.

Das unterscheidet uns von anderen Gebieten. Wenn man in einer singulären Stadt wie Köln oder auch Berlin sagt: „Ein bestimmter Stadtkernbereich hat die und die Einschränkungen“ – die teilweise stärker sind als hier –, ist das etwas anderes, als wenn man im Ruhrgebiet über eine Strecke von bis zu 50 km eine solche Situation hat. Vor allem liegt ein Unterschied darin, wie man alternative Verkehrskonzepte nutzen kann.

Lassen Sie uns auch das angucken! Ich bin immer dafür, zu sagen: Lieber eine Zone schaffen, bei der man weiß, ob man drinnen oder draußen ist, nicht so viele weiße Flecken dazwischen haben, aber dafür die Eingriffstiefe ein bisschen anders gestalten. Denn ich sage Ihnen ganz ehrlich: Auch der, der im Ruhrgebiet außerhalb der Umweltzone lebt, braucht ein Auto, mit dem er diese Zone hineinfahren kann. Es ist nämlich ein wunderschöner Ballungsraum, in dem es sich lohnt, von einer Stadt in die andere zu fahren. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion spricht nun Herr Kollege Abruszat. Mit exakt 38 Sekunden kann man eine ganze Menge machen, Herr Kollege. Bitte schön.

**Kai Abruszat (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Rimmel, Sie haben viel von Verunsicherung gesprochen, die wir durch den Antrag gestreut hätten. Verunsichert ist offensichtlich die Landesregierung durch den Antrag. Man hat nämlich jetzt entdeckt, dass die Datenbasis nicht so wissenschaftlich fundiert ist. Darüber können wir gerne im Ausschuss noch sprechen.

Eine Sache möchte ich aber noch ansprechen. Der EU-Umweltkommissar Potocnik wird mit folgendem Satz zitiert – ich zitiere –: „Es ist notwendig, die Luftqualitätspolitik weitfassend zu überarbeiten.“ – Brüssel hält offensichtlich selbst mittlerweile den gesetzten Tagesfeinstaubgrenzwert für nicht mehr einhaltbar. – Wir müssen also genau schauen, was in Brüssel passiert, was die EU-Kommission macht. Ist sie nicht vielleicht sogar ein Stückchen weiter, als wir es sind?

Diesen Aspekt wollte ich gerne noch mit eingebracht haben, Herr Minister Rimmel, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich freue mich auf eine fruchtbare Debatte im Ausschuss. – Ganz herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Auch über 38 Sekunden!)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Herzlichen Dank, Herr Kollege Abruszat. – Gut geschätzt, Herr Kollege Schmelzer: Es waren 27 Sekunden mehr. Aber wir sind heute, am Freitag, besonders großzügig.

Als nächste Rednerin steht für die Fraktion Die Linke nun Frau Kollegin Beuermann am Pult. Zwei Minuten 11 Sekunden Redezeit sind noch offen, Frau Beuermann. Bitte schön.

**Bärbel Beuermann (LINKE):** Das werde ich, denke ich, schaffen. Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Für alle nordrhein-westfälischen Umweltzonen ist eine Verbesserung der Luftqualität anhand der PM10, also der Feinstaubwerte, und der NO<sub>2</sub>-Werte, also der Stickstoffdioxidjahreswerte, aus den Luftqualitätsmessungen anzunehmen. Auch für NO<sub>2</sub> ergibt sich eine relative Verbesserung der Luftqualität für die Verkehrsstationen in den Umweltzonen. Verschärft wird die Situation aber dadurch, dass im Jahr 2010 niedrigere Grenzwerte für NO<sub>2</sub> in Kraft traten. Diese Schadstoffkomponente soll im Jahresmittel 40 Mikrogramm pro Kubikmeter nicht überschreiten. Wie sich in den vorangegangenen Jahren zeigte, wird dieser Wert an zahlreichen Standorten mit hohem Verkehrsaufkommen aber überschritten.

Meine Damen und Herren der FDP, wenn Sie glauben, dass die Feinstaub- und Stickdioxidbelastungen aus anderen Quellen als dem Kraftfahrzeugverkehr zurückgegangen sind, dann bedeutet das doch, dass der Anteil dieser Belastungen aus dem Kraftfahrzeugverkehr größer geworden ist. Diese Zahlen sind doch, wie Sie selbst schreiben, aktuell. Gerade beim Straßenverkehr liegen Emissionsort und Immissionsort sehr nah beieinander.

All das sind Argumente, um schnell tätig zu werden. Aus diesem Grund stimmen wir der Überweisung an den Ausschuss zu und freuen uns auf konstruktive und rege Diskussionen. – Ich danke Ihnen. Just in time.

(Beifall von der LINKEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis:** Vielen Dank, Frau Kollegin Beuermann. Sie hätten sogar noch 40 Sekunden über, wenn ich es richtig sehe.

(Bärbel Beuermann [LINKE]: Die gebe ich Frau Conrads!)

– Das war sehr großzügig von Ihnen.

Dafür hat sich der Herr Minister noch mal zu Wort gemeldet. Ihm stehen noch maximal vier Minuten und 15 Sekunden zur Verfügung. Herr Minister Remmel, bitte schön, Sie haben das Wort.

**Johannes Remmel**, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte es noch mal klarstellen, damit da keine Unklarheit entsteht: Die Zahlen sind ordnungsgemäß erhoben. Es gibt fachliche Unterschiede zwischen Immissionen und Emissionen. Das bitte ich in der Diskussion zu berücksichtigen.

Als Grundlagen haben wir die entsprechenden Messungen an den Messstationen. Die sind eindeutig. Die entsprechenden Belastungen sind nicht zurückgegangen. Es braucht keiner daran zu glauben, dass wir gegenüber der Kommission irgendwie darunter hindurchkämen. Vielleicht können wir mal gemeinsam nach Brüssel fahren. Wir haben das schon mal gemacht. Da ist uns unmissverständlich erklärt worden, dass Brüssel darüber nachdenkt, die Anforderungen noch ein Stück hinaufzusetzen. Sie sehen nämlich die Notwendigkeit, die Luftbelastung zum Schutze der Menschen und der Gesundheit der Menschen entsprechend zu formulieren. Da braucht sich also niemand falsche Hoffnungen zu machen.

Ich glaube eher, wir werden eine Diskussion darüber bekommen – insofern ist es scheinheilig, was heute von CDU und FDP verbreitet worden ist –, was denn auf Bundesebene getan wird. Der Bundesumweltminister hat entgegen unserer Aufforderung beispielsweise die zusätzliche Möglichkeit, einen Zuschuss bei der Nachrüstung mit Partikelfiltern zu bekommen, zum 31. Dezember 2010 beendet. Er schafft den Malus für Stinker im April dieses Jahres ab. Es gäbe also nach wie vor Handlungsbedarf, die Umrüstung weiter zu fördern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hier wird die Linie in Brüssel aber zugemacht.

Notwendig wäre auch eine wirklich ambitionierte Veränderung der ersten BImSchV; da geht es um Hausbrand und Feinstaub. Das soll erst im Jahr 2020, 2022 oder 2023 wirksam werden. Wir könnten uns vorstellen, da sehr viel schneller zu Verschärfungen zu kommen. Auch das ist Teil der Hintergrundbelastungen.

Einen letzten Punkt will ich erwähnen: Es gibt eine Diskrepanz zwischen der europäischen Anforderung der Euro-6-Norm und einer entsprechenden Abbildung bei der steuerlichen Unterstützung beispielsweise über die Kfz-Steuer. Hier könnten wir uns sehr wohl Initiativen der Bundesregierung vorstellen, um zu einer sehr viel schnelleren Einführung sowohl von Pkw als auch von Nutzfahrzeugen mit der Euro-6-Norm zu kommen.

Wir in Nordrhein-Westfalen sind zur Umsetzung verpflichtet. Die Rahmenbedingungen werden in Brüssel gesetzt. Im Übrigen könnte uns die Bundesregierung sehr viel mehr helfen, die Gesundheit und die Umwelt der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu schützen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Oliver Keymis**: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Damit sind wir am Ende der Beratungen angelangt.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 15/1322 an den Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** – federführend –, an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** sowie an den **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt diesem Vorschlag zu? – Stimmt jemand dagegen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig so überwiesen.

Wir kommen zu Tagesordnung

#### **4 Arbeit für Demokratie und Toleranz vor Ort nicht gefährden! Bestätigungserklärung im Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ streichen!**

Antrag  
der Fraktion DIE LINKE  
Drucksache 15/1310

Entschließungsantrag  
der Fraktion der SPD und  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 15/1388

Die Kollegin, die den Antrag für Ihre Fraktion begründen möchte, steht bereits am Pult. Es ist Frau Kollegin Conrads. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Anna Conrads (LINKE)**: Vielen Dank. – Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Anwesenden auf der Tribüne! Die Linke hat hier heute den Antrag eingebracht, dass der Landtag sich gegen die sogenannte Demokratieerklärung von Bundesfamilienministerin Schröder ausspricht.

Hintergrund: Viele Initiativen, Beratungsstellen und Vereine haben in den vergangenen Jahren auch hier in NRW eine unverzichtbare Arbeit für Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus geleistet. Dabei erhielten etliche Projekte seit 2001 finanzielle Förderungen durch die Vorgängerprogramme des neuen Bundesprogramms „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.